

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG BRAUCHT EINE STARKE FINANZIERUNG

In Folge der Corona-Pandemie haben sich die globalen Ungleichheiten drastisch verschärft. Während die zehn reichsten Männer der Welt ihr Vermögen in den letzten zwei Jahren verdoppelt haben, nahm die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben oder Hunger leiden, zu.

Wie die von VENRO in Auftrag gegebene Studie [Ist Deutschlands Beitrag zur Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe ausreichend?](#) zeigt, braucht es in den kommenden Jahren den Einsatz zusätzlicher Finanzmittel in bedeutender Höhe, um die nachhaltigen Entwicklungsziele weltweit bis 2030 noch zu erreichen. Deutschland kann und muss aufgrund seiner Wirtschaftskraft hierbei eine internationale Führungsrolle übernehmen.

Der Koalitionsvertrag ist eine gute Grundlage

Der Koalitionsvertrag gibt für die Finanzierung von Entwicklungspolitik und Humanitärer Hilfe eine klare Richtung vor: Mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) will die Regierung für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe bereitstellen. Zusätzlich soll die Klimafinanzierung weiter aufwachsen und 0,2 Prozent des BNE sollen für die ärmsten Länder des Globalen Südens (*Least Developed Countries*) bereitgestellt werden. Gleichzeitig soll der Aufwuchs der Mittel für Humanitäre Hilfe bedarfsgerecht verstetigt und erhöht werden. Die neue Bundesregierung muss die Ziele des Koalitionsvertrages nun in ihrer Finanzplanung umsetzen.

Die Berechnungen unserer Studie zeigen:

1. Gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung vom Sommer 2021 beträgt der Fehlbedarf für die kommenden vier Jahre 31,2 Milliarden Euro. Selbst bei Erfüllung der 0,7%-Marke, fehlen noch mindestens 12,7 Milliarden Euro, um die von uns untersuchten Zielmarken zu erreichen. Den Berechnungen zufolge müsste die deutsche ODA-Quote dafür bis 2025 auf mindestens 0,83 Prozent steigen.
2. Jährlich müssen rund drei Milliarden Euro mehr für die Gruppe der *Least Developed Countries* bereitgestellt werden, um das internationale Ziel zu erreichen, 0,2 Prozent des BNE für diese Länder zur Verfügung zu stellen.
3. Um die Humanitäre Hilfe bedarfsgerecht zu stärken, müssen zusätzliche Haushaltsmittel für das Auswärtige Amt zur Verfügung gestellt werden.
4. Die empfohlene Marke von 0,1 Prozent des BNE für Gesundheitsausgaben wurde 2020/2021 im Zuge der Corona-Pandemie erstmals erreicht. Dieser Wert muss mindestens gehalten werden. Zudem müssen die tatsächlichen Bedarfe der internationalen Gesundheitsfinanzierung neu ermittelt werden.

5. Die Ausgaben für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit liegen bei lediglich 0,74 Prozent der deutschen ODA-Mittel. Mittelfristig sollten diese auf drei Prozent erhöht werden, damit die Empfehlung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen von drei Prozent der ODA erreicht wird.
6. Deutschlands aktueller Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung liegt zwischen vier und fünf Milliarden Euro. Für eine ambitionierte internationale Klimafinanzierung muss Deutschland mehr tun. Bis 2025 sollte ein jährliches Niveau von acht Milliarden Euro an Haushaltsmitteln erreicht werden.
7. Deutschland muss 2,3 Milliarden Euro mehr ausgeben, um dem Kampf gegen den Hunger entschlossen weiterzuführen und gemeinsam mit den anderen G7-Staaten die vereinbarte Verdoppelung der Ausgaben zu erreichen.
8. Aktuell wendet Deutschland lediglich 2,2 Prozent der ODA für Projekte und Programme mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit auf. Es müssten 2,4 Milliarden Euro zusätzlich in Projekte und Programme mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit fließen, um einen Anteil von 20 Prozent zu erreichen.
9. Deutschlands Finanzierung von zivilgesellschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe liegt weit unter dem OECD-Durchschnitt. Um den OECD-Durchschnitt von 15 Prozent der ODA zu erreichen, müssten rund 1,4 Milliarden Euro mehr für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Arbeit aufgebracht werden.

Die vollständige Studie finden Sie in der VENRO-Mediathek unter www.venro.org/publikationen.

Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe sind Investitionen in die Zukunft

Im Haushalt der Bundesregierung machte der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zuletzt trotz starker Aufwüchse in der vergangenen Legislaturperiode gerade einmal 2,3 Prozent aus. Im Vergleich zu den Aufwüchsen in den Verteidigungsausgaben in der letzten Legislaturperiode (+26,2 Mrd. Euro), der Subvention des Kohleausstiegs (ca. 80 Mrd. Euro) oder den immensen volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels wird deutlich, dass es sich bei den errechneten Bedarfen um haushaltspolitisch vertretbare Investitionen handelt.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin
Telefon: 030/2 63 92 99-10
E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion

Lukas Goltermann
Berlin, Februar 2022